

SPD UB-Parteitag 14.04.2018

Antrag EU4

Antragsteller AK Europa

Titel: Für mehr Nachhaltigkeit in Europa durch eine europäische CO2-Steuer

1 Weiterleitung an den Landesparteitag

2 **Beschluss:**

3 Viele europäische Großstädte leiden unter einer durch Verkehr und Industrie
4 verursachten Luftverschmutzung und die Folgen des Klimawandels sind auch für uns in
5 Europa bereits jetzt spürbar. Um zukünftigen Generationen eine lebenswerte Umwelt
6 zu erhalten, sind grundlegende Änderungen erforderlich, die sich nicht auf die
7 Nationalstaaten beschränken können. Ein Baustein dafür ist auf europäischer Ebene
8 eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Finanzpolitik.

9

10 Die SPD fordert daher eine gerechte und verursacherorientierte europäische CO2-
11 Steuer und damit die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen bei der
12 Verwendung fossiler Energieträger. Denkbar ist eine Ausgestaltung als eigene Steuer
13 der EU, die dem Budget der EU zufließen und somit für europäische Investitionen im
14 Rahmen der Umwelt- und Klimapolitik zur Verfügung stehen würde.

15

16 Begründung:

17

18 Die Zukunft der europäischen Wirtschaft liegt in einer nachhaltigen Produktion. Dazu
19 ist es dringend notwendig, umweltschädliche Subventionen für die Wirtschaft
20 abzubauen. Derzeit werden energieintensive Wirtschaftszweige, die besonders viel
21 fossile Brennstoffe verwenden und dementsprechend viel CO2 emittieren, unter
22 anderem über die Entlastung bei der Energie- und Stromsteuer mit Milliarden
23 subventioniert. Alleine im Jahr 2017 zahlte der Bund insgesamt 7,3 Mrd. € Strom- und
24 Energiesteuer an die Unternehmen zurück. Durch diese Entlastungen, die auch durch
25 den Bundesrechnungshof 2017 moniert werden, wird die Entwicklung nachhaltiger
26 und zukunftsfähiger Technologien gehemmt und es werden keine Anreize für umwelt-
27 bzw. klimafreundliches Verhalten gesetzt.

28

29 Die Energie- und Stromsteuerbegünstigungen – vorrangig für das produzierende
30 Gewerbe – basieren größtenteils auf Vorgaben aus dem Europäischen Recht; sie sind
31 innerhalb einer EU-Richtlinie angelegt. Es ist also klar, dass die derzeit bestehenden EU-
32 Regelungen den Abbau umweltschädlicher Subventionen behindern.

33

34 Deshalb ist es an der Zeit, den europäischen Rahmen für die Energiebesteuerung so
35 umzustrukturieren, dass der Verursacher von CO2-Emissionen den
36 Umweltauswirkungen entsprechend belastet wird. Es ist nicht weiter hinnehmbar,

SPD UB-Parteitag 14.04.2018

Antrag EU4

Antragsteller AK Europa

Titel: Für mehr Nachhaltigkeit in Europa durch eine europäische CO2-Steuer

37 dass die Kosten für klimaschädliches Verhalten hauptsächlich durch die Allgemeinheit
38 getragen werden. Die Einführung einer einheitlichen und damit gerechten CO2-Steuer
39 auf europäischer Ebene ist daher anzustreben. Diese Steuer soll für die Verwendung
40 von Energie entsprechend der bei der Energiegewinnung entstandenen CO2-
41 Emissionen erhoben werden. Die Abgabe soll ohne Ausnahmen für energieintensive
42 Betriebe ausgestaltet sein, um die umweltschädliche Subventionierung von fossilen
43 Energieträgern zu beenden.

44
45 Mit einer CO2-Abgabe wäre auch die – ebenfalls vom Bundesrechnungshof 2017 und
46 inzwischen sogar von Teilen der Automobilindustrie geforderte – Abschaffung der
47 Begünstigung von Dieselmotoren ebenfalls verwirklicht, da dieser dann entsprechend
48 des bei seiner Verbrennung freigesetzten CO2 besteuert würde und damit keine
49 steuerlichen Vorteile mehr bestünden.

50
51 Die durch die Einführung der CO2-Steuer und die Abschaffung der Subventionen
52 erzielten Mehreinnahmen können von den Mitgliedstaaten für Maßnahmen zur
53 Minderung des Schadstoffausstoßes, wie z.B. die Förderung von ÖPNV und
54 Elektromobilität, verwendet werden.